

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hajo Riese

Das Dilemma der Ökonomie der Bundesrepublik
Deutschland

17. Jg./1984

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Das Dilemma der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland

Restrospektive und Vision

Hajo Riese

Auf der Grundlage einer monetären Konjunkturtheorie, wie sie *Keynes* in der *Treatise* und in der *General Theory* entwarf und deren Kern ein von der Verfügung über Geld gesteuerter Investitions-Gewinn-Mechanismus bildet, wird der Versuch unternommen, für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Phasen mit spezifischen Marktkonstellationen abzuleiten. Das Kennzeichen liefert dabei die Unterscheidung einer Einkommensinflation bzw. -deflation und einer Gewinninflation und -deflation in der *Treatise*. Für die Bundesrepublik Deutschland lassen sich dabei drei Phasen bestimmen, die *grosso modo* für die 50er, 60er und 70er stehen: die Phase der Akkumulation mit einer Gewinninflation und einer Einkommensdeflation, die Phase der Inflation mit einer Gewinninflation und einer Einkommensinflation und die Phase der Stagnation mit einer Gewinndeflation und einer Einkommensinflation.

Dabei zeigt die markttheoretische Analyse, daß alle Phasen von dem Dilemma einer Unvereinbarkeit von Vollbeschäftigungspolitik und Freihandelspostulat geprägt sind: Die 50er Jahre durch eine externe Instabilität, die in den 60er Jahren in steigende Inflationsraten mündete, die 70er Jahre durch eine konjunkturelle Instabilität als Folge der Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke.

Diese Diagnose stellt zugleich eine Kritik der zielmittellorientierten Theorie der Wirtschaftspolitik dar, weil sie lediglich einen (wohlfahrtsökonomisch auflösbaren) Zielkonflikt kennt, aber die Existenz eines markttheoretisch fundierten Dilemmas leugnet. Indem dieses Essay zeigt, daß die Wirtschaftspolitik der 70er Jahre marktkonform war, weist es zugleich daraufhin, daß die Wirtschaftspolitik unter der Ägide eines Freihandels unter dem Zwang steht, der externen Stabilität das Vollbeschäftigungsziel zu opfern.

Gliederung

1. Das Szenario
2. Die Theorie
 - 2.1 Der Investitions-Gewinn-Mechanismus
 - 2.2 Wachstum und Einkommensbildung
 - 2.3 Die Elemente des Phasenkonzepts
3. Die Phasen
 - 3.1 Akkumulation: Das Dilemma entsteht.
Das Primat der externen Instabilität
 - 3.2 Inflation: Das Dilemma wird virulent.
Das Primat der internen Stabilität
 - 3.3 Stagnation: Das Dilemma wird bekämpft.
Das Primat der externen Stabilität
4. Die Perspektiven
 - 4.1 Das Dilemma der Wirtschaftspolitik redivivus
 - 4.2 Strukturpolitik in der Krise

1. Das Szenario

Obwohl die vergangenen zehn Jahre seit dem Einsetzen der „schwersten Nachkriegsrezession“ im Jahre 1973 offenbar gemacht haben, daß es sich bei ihr um mehr (und damit auch um etwas anderes) als um einen – durch sein weltwirtschaftliches Ausmaß besonders starken – konjunkturellen Abschwung handelt, läßt sich kaum behaupten, daß der Wissenschaft das Besondere dieser Krise einsichtig wäre und

der Wirtschaftspolitik überzeugende Therapien zu ihrer Bewältigung zur Verfügung stünden.

Dieses Essay versucht diesem Phänomen nachzugehen, indem es die theoretischen Defizite, die den Mangel einer angemessenen Diagnose dieser „zweiten Weltwirtschaftskrise“ begründen, vor dem Hintergrund einer angewandten, eine Politikberatung intendierenden Wirtschaftsforschung untersucht. Dabei zeigt sich, daß deren gesamtes Spektrum von linkskeynesianischen Positionen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland die Memorandumgruppe vertritt, bis zu ultrakonservativen Auffassungen neoklassischer Provenienz von diesem Defizit beherrscht wird.

Der gemeinsame Nenner dieser Ansätze besteht in der Distinktion von realökonomisch bestimmten langfristigen Faktoren – dem Wachstum und den mit ihm einhergehenden Strukturwandlungen¹⁾ – und geldwirtschaftlich bestimmten kurzfristigen Einflüssen, die sich in Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität, im besonderen im konjunkturellen Auf und Ab, ausdrücken.

Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive handelt es sich um die Distinktion von Strukturpolitik und Stabilitätspolitik, wobei Schwerpunktsetzung wie Ausformung naturgemäß stark von der jeweiligen theoretischen Grundposition wie der aktuellen wirtschaftspolitischen Lage abhängen. Während dabei in den 60er Jahren im Angesicht einer „importierten Inflation“ die Stabilitätspolitik Vorrang besaß, rückte im Gefolge der Krise der 70er Jahre die Strukturpolitik verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses – sei es als Instrument der Regenerierung des Wachstums, sei es im Sinne einer alternativen „bedürfnisorientierten“ Umstrukturierung der Produktion²⁾.

Dabei kann zumindest innerhalb der „etablierten“ angewandten Wirtschaftsforschung kaum mehr als von einer Schwerpunktverlagerung gesprochen werden, die sich insbesondere dann registrieren läßt, wenn davon ausgegangen wird, daß sich Struktur- und Stabilitätspolitik dank ihrer unterschiedlichen Fristigkeit ergänzen³⁾. Dennoch aber hat die These von einer Dominanz der Stabilitätspolitik eben-

¹⁾ Dabei muß es sich keineswegs um eine positive Wachstumsrate handeln; entscheidend ist allein, daß die Argumentation realökonomisch oder, in der Terminologie der klassischen Ökonomie, gebrauchswertorientiert ist.

²⁾ Ein Beispiel für eine „alternative“ wirtschaftspolitische Position liefern Altwater, Hoffmann, Semmler (1980), 3 (1982), insbesondere S. 398 ff.

³⁾ Eine solche Einstellung nimmt die Kieler Schule ein, die, obwohl sie derzeit mit Vehemenz den strukturalistischen Ansatz vertritt, keineswegs die kurzfristigen Aspekte der wirtschaftlichen Aktivität ignoriert ebenso wie sie in den 60er Jahren – allen voran durch Giersch als Mitglied des Sachverständigenrates – der Stabilitätspolitik insbesondere als Antwort auf den „internationalen Preiszusammenhang“ unter dem Regime fester Wechselkurse Priorität einräumte, obwohl sie damals ebenfalls den strukturellen Implikationen einer „unterbewerteten“ Währung großes Augenmerk widmete. Zur Verbindung von strukturalistischer und stabilitätsorientierter Argumentation siehe beispielsweise Giersch (1970).

falls ihre entschiedenen Vertreter: in einer monetaristischen Variante, indem die Funktion der Wirtschaftspolitik auf eine Verstetigung des Wirtschaftsablaufs durch eine Geldmengepolitik („Geldmengenregel“) beschränkt, die Durchsetzung der Strukturwandlungen jedoch dem Marktprozeß überlassen wird, und in einer fiskalistischen Variante, wenn der Staat die generelle Funktion der Nachfragesteuerung und damit die Aufgabe der Verstetigung der Auslastung des Produktionspotentials erhält und dadurch den Rahmen absteckt, innerhalb dessen sich (über den Markt durchgesetzte oder von der Politik geförderte) Strukturwandlungen vollziehen können.

Die zentrale These dieses Essays lautet, daß diese Distinktion von langfristiger realökonomischer Entwicklung und kurzfristigen monetären⁴⁾ Prozessen keine angemessene theoretische Grundlage für eine Erklärung der grundlegenden Abläufe in den Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer liefert. Diese Kritik und die Schlußfolgerungen, die daraus für die Diagnose der Geschichte der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden müssen, bestimmen den Gehalt dieses Essays.

Die Kritik zeigt damit an, daß die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre zugleich die Krise einer angewandten Wirtschaftsforschung bedeutet, deren Versagen, eine zureichende Diagnose der Stagnation der Weltwirtschaft zu liefern, in Konsequenz zu Therapien führt, deren Wirkungslosigkeit offensichtlich ist. Dabei wird sich erweisen, daß die Fundamente, auf die die angewandte Wirtschaftsforschung aufbaut, nicht erst in den 70er Jahren fragwürdig wurden, vielmehr der Wachstumsprozeß in den 50er und 60er Jahren diesen Umstand lediglich verdeckte.

Damit ist das Programm des Essays skizziert. Im nächsten Abschnitt (2.) wird die Distinktion von langfristiger realökonomischer Entwicklung und kurzfristigen monetären Prozessen einer theoretischen Kritik unterzogen, die ihren normativen Gehalt durch eine Markttheorie erhält, die dem Postulat der liberalen Ökonomie genügt, den Kern der Analyse auf Handlungen der Individuen, die sich auf Märkte hin orientieren, zu gründen; die Kritik richtet sich somit gegen die mangelnde markttheoretische Fundierung (der Distinktion) von realen und monetären Faktoren des Wirtschaftsprozesses.

Im folgenden Abschnitt (3.) wird die Geschichte der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland aus einer Sicht interpretiert, die markttheoretischen Kriterien standhält. Es handelt sich somit um die Retrospektive. Dabei wird sich zeigen, daß sie durch drei in sich verschränkte Phasen mit spezifischen, unverwechselbaren Marktkonstellationen, die zugleich jeweils der Stabilitätspolitik den Rahmen liefern, gekennzeichnet ist.

Die entscheidende These lautet dabei, daß die Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland bereits in den 50er Jahren eine Marktkonstellation aufwies, die ein unauflösbares Dilemma von Akkumulation und Inflation enthielt, das

dann in der Marktkonstellation der 60er Jahre virulent wurde und dessen Bekämpfung die Marktkonstellation der 70er Jahre prägte. Diese These markiert den Kontrapunkt zur herrschenden Forschungspraxis, indem sie deren Vorstellung widerspricht, daß die 50er Jahre den Ausweis für die Realisierungsmöglichkeit eines Zielbündels – insbesondere des Magischen Vierecks von „Stabilität des Preisniveaus, hohem Beschäftigungsstand und außerwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum“ (§ 1 StabG) – liefern.

Der letzte Abschnitt (4.) zieht die Schlußfolgerungen aus der Analyse, wobei insbesondere der Spielraum, der der Wirtschaftspolitik innerhalb der die Krise bestimmenden Marktkonstellation verbleibt, abgesteckt wird. Diese Vision bemüht somit nicht wie der Ziel-Mittel-Ansatz die Utopie einer Regenerierung der Akkumulationsbedingungen der 50er Jahre, sondern verweist auf ein Kontinuum der Instabilität, auf das sich Gesellschaft, Ökonomie und Politik einzurichten haben.

2. Die Theorie

2.1 Der Investitions-Gewinn-Mechanismus

Die Kritik an der herrschenden Auffassung der Distinktion von langfristiger realökonomischer Entwicklung und kurzfristigen monetären Prozessen läßt sich in dem Satz zusammenfassen, daß die Entwicklungsthese überhaupt nicht markttheoretisch fundiert ist, weil sie Evolution für ausschließlich angebotsbestimmt hält und die Prozeßthese nur unzureichend markttheoretisch fundiert ist, indem sie sich an der Norm ökonomischer Stabilität orientiert und diese zum Ziel der Wirtschaftspolitik erhebt.

Dagegen setzt dieses Essay, daß die Analyse langfristiger Entwicklung wie kurzfristiger Prozesse eines gemeinsamen theoretischen Fundaments – der Markttheorie einer Geldwirtschaft – bedarf, die Entwicklung als ein Phänomen der Instabilität diagnostiziert und dem Prozeß stabilisierende Wirkungen nur innerhalb dieses Entwicklungsmusters zubilligt. Ökonomische Instabilität begründet sich dabei durch eine Markttheorie, für die kumulative Prozesse von der Geldsphäre gesteuert werden; als Folge muß der „gebrauchswertbezogene“ Begriff des Wachstums durch den „tauschwertbezogenen“ Begriff der Akkumulation ersetzt werden.

Für den herrschenden realökonomischen Ansatz sind Sparprozeß, technischer Fortschritt und Bevölkerungswachstum die tragenden Säulen der Entwicklung, wobei die Sparquote das (auf einem Konsumverzicht beruhende) „Angebot an Akkumulation“ ausdrückt, deren Stabilität auch dem Akkumulationsprozeß und damit dem Wachstum Stabilität verleiht, während technischer Fortschritt und Bevölkerungswachstum als „natürliche Faktoren“ fungieren⁵⁾.

Dieser dem Modell einer Tauschökonomie entlehnte Spar-Investitions-Mechanismus widerspricht jedoch den Marktbedingungen einer Geldökonomie, in der die Verfügungsmöglichkeit und, was sich später für die Krisenerklärung als wichtig erweisen wird, die *Verfügungsbereitschaft* über Geld das Ausmaß der Investitionstätigkeit bestimmt. Das aber heißt, daß die Logik einer Übereinstimmung von Investition und Ersparnis – formaler ausgedrückt: die Übereinstimmung von nichtkonsumiertem Produktionswert und nichtkonsumiertem Einkommenswert als seinem Dual – so interpretiert werden muß, daß die Ersparnis bzw. der Nichtkonsum als Reflex der Investitionen auftritt, sie aber keineswegs bestimmt.

⁴⁾ Im folgenden wird der Begriff „monetär“ in einem weiten stabilitätsorientierten Sinne verwendet, schließt somit die im engeren Sinne geld- und fiskalpolitische Variante ein.

⁵⁾ Dabei kann hier offenbleiben, ob – wie bei Domar und Harrod – Sparprozeß und Wachstum der „natürlichen Faktoren“ sich unabhängig voneinander vollziehen (und dadurch dem Wachstumsprozeß ein Element der Instabilität verleihen) oder, wie in der neoklassischen Wachstumstheorie, miteinander verknüpft sind, so daß sich „langfristig“ das Wachstumsgleichgewicht auf die Rate der „natürlichen Faktoren“ hinbewegt. Entscheidend ist im Kontext dieses Essays, daß in beiden Theorien der Sparprozeß der Akkumulationsrate als der „warranted rate of growth“ Stabilität verleiht.

Allein mit einem solchen theoretischen Ansatz läßt sich die Akkumulationsphase der 50er Jahre der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem kontinuierlich steigenden Anteil der Investitionen am Sozialprodukt markttheoretisch erklären. Denn entgegen dem konventionellen Erklärungsmuster entsprach ihm ein niedriger Konsumverzicht, bedingt durch einen hohen Nachholbedarf an Konsumgütern, der deshalb auch stimulierend auf die Investitionstätigkeit wirkte.

Die Folge – markttheoretisch gesehen: der Reflex – der Diskrepanz von steigenden Investitionen und geringer Ersparnis waren hohe umverteilte Gewinne, die die Quelle der Vermögenskonzentration bildeten. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung lassen sie sich keineswegs als ein Konsumverzicht der Unternehmungen interpretieren; sie bilden deshalb auch nicht wie die Ersparnis der Haushalte eine „Finanzierungsquelle“ der Investition⁶⁾. Denn im Gegensatz zum Einkommen der Haushalte wird eine Verwendung von Gewinnen, die aus dem Einkommensbildungsprozeß resultieren, logisch gerade dadurch ausgeschlossen, daß sie aus den Ausgaben entstehen⁷⁾.

Die Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft werden somit durch einen Investitions-Gewinn-Mechanismus und nicht, wie es die tauschtheoretische Lösung suggeriert, durch einen Gewinn-Investitions-Mechanismus⁸⁾ charakterisiert. Man kann dabei die für die 50er Jahre der Bundesrepublik Deutschland typische Korrelation von steigenden Investitionen und (über die Normalprofite hinaus) steigenden Gewinnen („Extraprofite“) markttheoretisch so erklären, daß der Einkommensbildungsprozeß nicht nur – wie es das Multiplikatortheorem formuliert – Mengeneffekte (bei Normalprofiten), sondern auch Preiseffekte (mit entsprechenden Extraprofiten) entstehen läßt, weil die Nachfrageimpulse auf Kapazitätsbeschränkungen stoßen, die bei gegebenen Faktorpreisen, insbesondere gegebenen Nominalöhnen (angesichts eines Sockels von Arbeitslosigkeit) die Schere zwischen Preisen und Kosten öffnen – eine gerade für die Bundesrepublik der 50er Jahre typische Marktconstellation.

Der tauschtheoretische Ansatz mit seiner fragwürdigen Implikation, daß die Unternehmer zuerst Gewinne erzielen müssen, damit sie auch Investitionen tätigen können⁹⁾, ist somit nicht allein entscheidungstheoretisch unplausibel, weil er den Unternehmern einen entsprechenden Konsumverzicht unterstellt (und dadurch in die historistische Argumentation gleitet, ihre Investitionsbereitschaft reflektiere eine Art „bürgerlicher“ Askese), sondern auch markttheoretisch defizitär, weil er nicht die Höhe der Extraprofite zu erklären vermag.

⁶⁾ Diesem Muster folgen fast alle Arbeiten, die sich mit der Akkumulationsphase der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen. Siehe als Ausnahme die Analyse bei Bombach (1959).

⁷⁾ (Zusätzliche) Ausgaben können allein aus einem (unerwarteten, aus Preissteigerungen resultierenden) Geldrückfluß getätigt werden. Als Folge erhöhen sich die Gewinne, werden aber nicht „verwendet“.

⁸⁾ Dieser Mechanismus beherrscht insbesondere die Akkumulationstheorie der klassischen Ökonomie, indem sie eine mangelnde Sparfähigkeit der Arbeiterhaushalte unterstellt und dadurch suggeriert, die Akkumulation würde aus den Profiten gespeist (und beruhe damit auf einem Konsumverzicht der Kapitalisten). Dieses auch heute noch verbreitete „calvinistische“ Argumentationsmuster aber hält einer markttheoretischen Kritik nicht stand, da Einkommen aus einer (auf dem Markt verwerteten) Produktion entsteht, nicht aber (nichtkonsumiertes) Einkommen eine Produktion ermöglicht.

⁹⁾ Diese Unterstellung ist bereits saldenmechanisch gesehen blanker Unsinn, da Einkommen (und damit auch der Gewinn als Einkommenskomponente) stets als Dual eines Produktionswertes (unverteilter Gewinn wie Ersparnis somit als Dual nichtkonsumierter Produktion) auftreten, niemals aber „vor“ der Produktion „da“ sein können.

¹⁰⁾ Ein Musterbeispiel für diese Art der Analyse liefert Hennings (1981); siehe insbesondere S. 63.

Um diese Lücke in der Beweisführung zu schließen, pflegt man allerdings auf die „ruhige“ Lohnpolitik der Gewerkschaften in den 50er Jahren hinzuweisen, die (unterstützt von einer erheblichen Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität) den Profitspielraum der Unternehmer erhöht und ihnen damit eine entscheidende Finanzierungsquelle für ihre Investitionen erschlossen habe. Aber die markttheoretische Fragwürdigkeit dieser „Beweisführung“ dringt aus allen Poren. Denn unerklärlich bleibt, warum eine „ruhige“ Lohnpolitik die Schere zwischen Preisen und Kosten öffnet, aber nicht den Druck auf das Preisniveau mildert (und dabei die Normalprofite stabilisiert), wobei gerade die quantitätstheoretische Norm einer Dichotomie von Geld- und Gütersphäre diesen Schluß nahelegt.

Auch in der lohntheoretischen Diskussion tritt somit an die Stelle einer markttheoretischen Analyse das historistische Argument, wobei die Unterstellung eines „wachstumsfördernden“ Verhaltens der Gewerkschaften markttheoretisch gesehen besonders fragwürdig ist, weil sie impliziert, daß das Preisniveau vorgegeben sei und deshalb die Nominallohnpolitik die Restgröße Profit bestimme, während eine korrekte Analyse von der Interdependenz von Nominallohn und Preisniveau ausgehen muß.

Das markttheoretische Defizit, die Existenz eines Investitions-Gewinn-Mechanismus zu unterschlagen, prägt auch das gängige Erklärungsmuster der Stagnation. Das gilt insbesondere für das Argument, daß die Gewinne zu niedrig seien, um Investitionen finanzieren zu können, obwohl in Wahrheit verminderte Gewinne ein Reflex gesunkener Investitionen sind und deshalb auch nicht steigen können, bevor nicht die Investitionen gestiegen sind. Entsprechend wird angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit ein überhöhter Reallohn diagnostiziert, die „aggressive“ Lohnpolitik der Gewerkschaften als ein wachstumshemmender Faktor angesehen und gegen die „konsensbewußte“ Lohnpolitik in den 50er Jahren ausgespielt¹⁰⁾, obwohl die Gewerkschaften in Wahrheit überhaupt keine Reallohnpolitik betreiben können, da erst der Marktprozeß darüber entscheidet, ob der Reallohn steigt – wobei er dann steigt, wenn sich aufgrund sinkender Investitionen (allgemein: sinkender Nachfrage) die auf die Nominallohnerhöhung bezogene Inflationsrate reduziert.

2.2 Wachstum und Einkommensbildung

Diese Skizze einer markttheoretisch fundierten Akkumulationstheorie macht deutlich, daß der herrschenden Forschungspraxis deshalb keine angemessene Entwicklungstheorie gelingt, weil sie eine Gütermarkttheorie bleibt, die dem tradierten entscheidungstheoretischen Muster einer Distinktion von Angebot und Nachfrage folgt, obwohl Entwicklung auf einer Interaktion von Vermögensmarkt und Gütermarkt beruht, sich aus der Wirkung der Dispositionen über Vermögen auf den Gütermarkt ergibt. Nicht die Alternative zwischen Konsum und Nichtkonsum, die den Umfang der Investitionen bestimmt, sondern die Alternative zwischen dem Halten und der Aufgabe von Geld, die in Form von Investitionen den Gütermarkt beeinflusst, liefert den markt- und entscheidungstheoretischen Schlüssel zur Erklärung des evolutionären Prozesses.

In einem solchen Modell aber hat die tradierte Vorstellung von einer angebotsbestimmten Entwicklung keinen Platz, weil die Investitionen wie jede Vermögenskategorie zugleich ein Angebot (an Aufgabe von Geld) als auch eine Nachfrage (nach Kapitalgütern) darstellen und ihre Wirkung auf den Gütermarkt sowohl (als Investitionsvolumen) die Einkom-

mensbildung bestimmt und insoweit nachfrageorientiert ist als auch (als Kapitalgut) Produktivitäts- und Kapazitätseffekte erzielt und insoweit angebotsorientiert ist.

Die methodische Schwäche des auf ein Wachstum des Produktionspotentials rekurrierenden angebotsorientierten Ansatzes läßt sich damit auf den Punkt bringen, daß er die Notwendigkeit einer analytischen Separierung der Investition als eine Wert- und als eine Mengenkategorie übersieht und damit den dualen Charakter der Investition verwischt, indem er sie „realökonomisch“ zugleich als Ergebnis des Sparprozesses – und damit als Wertkategorie – als auch als Erhöhung des die produktiven Kapazitäten repräsentierenden Kapitalbestandes – und damit als Mengenkategorie – interpretiert¹¹⁾.

Mit dieser Subsumtion der Wertkategorie Kapital unter ihr mengenbestimmtes Substrat wird jedoch der Einkommensbildungsprozeß aus der Entwicklungstheorie ausgeblendet. Das läßt sich am einfachsten an einem Vergleich des Multiplikatortheorems (als Grundmodell der Bestimmung der Einkommenshöhe) $Y = I/s$, wobei Y das Einkommen, I die Investitionen und s die volkswirtschaftliche Sparquote angibt, mit der auf *Domar* und *Harrod* zurückgehenden Bestimmungsgleichung der Wachstumsrate des Sozialprodukts $\dot{Y} = s/\beta$, wobei \dot{Y} die Wachstumsrate des Sozialprodukts und β der marginale Kapitalkoeffizient angibt, zeigen.

Denn indem letztere Änderungsrate formuliert, unterstellt sie ein bestimmtes Niveau des Einkommens, auf dem sich der Wachstumsprozeß vollzieht, liefert aber nicht wie ersteres eine Erklärung für dieses Niveau. Das macht ihre fundamentale einkommens-theoretische Schwäche aus. So vermag sie einen Einfluß der Einkommensbildung auf die Wachstumsrate lediglich über die Sparquote zu bestimmen. Das aber heißt, daß ein Sinken der Sparquote bei gegebenem Einkommen ein Sinken des Investitionsvolumens bewirkt, jedoch keineswegs wie im Multiplikatortheorem bei gegebener Sparquote ein Sinken des Einkommens auf ein Sinken der Investitionstätigkeit rückführbar ist.

Indem das Multiplikatortheorem den Einkommensbildungsprozeß zum Angelpunkt der Analyse macht, läßt es sich in eine akkumulationstheoretische Fragestellung einbetten, die steigende bzw. sinkende Investitionen auf ihre Einkommenswirkungen hin untersucht. Es erhält dabei seine markt-theoretische Schlüssigkeit durch die Separierung von einer wachstumstheoretischen Fragestellung, die die Expansion der Kapazitäten (allgemein: des Angebotspotentials) und seiner Auslastung in den Mittelpunkt der Analyse rückt.

Inwieweit mit einer Investition zusätzliche Kapazitäten entstehen, die der Auslastung bedürfen, ist für die Analyse des Einkommensbildungsprozesses höchst gleichgültig; wichtig ist dieser Umstand lediglich für die Investitionsentscheidung, weil der (vorliegende oder erwartete) Auslastungsgrad

von Kapazitäten ein wichtiges Kriterium für die Bildung neuer Kapazitäten bildet. Das für eine keynesianische Investitionstheorie konstitutive Charakteristikum, daß (aus der Einkommensbildung resultierende) laufende Profite für sich genommen kein Kriterium für die (an erwarteten Profiten orientierte) Investitionsentscheidung abgeben, findet im Kapazitätseffekt von Investitionen eine Begründung, weil sich trotz hoher (und steigender) Profite angesichts eines sinkenden Auslastungsgrades die Ertragserwartungen vermindern können. Eine solche Situation kennzeichnet deshalb einen Wendepunkt des Konjunkturzyklus wie auch – in einer längerfristigen Perspektive – das Auslaufen einer Akkumulationsphase.

Die postkeynesianische Wachstumstheorie unterlag deshalb einem fundamentalen Irrtum, als sie den vor ihr deduzierten Gleichgewichtspfad $\dot{Y} = s/\beta$ als eine Antwort auf das „theoretische Wunderland“ der keynesianischen Einkommens-theorie ansah, indem diese angeblich Gleichgewicht an ein konstantes Einkommen bei positiven Investitionen (und damit an einen sukzessiv steigenden Kapitalapparat) knüpfte. In Wahrheit fehlt nichts am Multiplikatortheorem, was erst das Domar-Harrod-Modell liefern würde: So spiegelt eine evolutionäre Fassung des Multiplikatortheorems $Y = I/s$, indem steigende Investitionen ($\dot{I} = \Delta I/I$) mit steigendem Einkommen ($\dot{Y} = \Delta Y/Y$) korrespondieren ($\dot{Y} = \dot{I}$), in seinem definitorischen Gerüst durchaus die Existenzbedingungen des Domar-Harrod-Modells $\dot{Y} = s/\beta$ wider, dessen konstanter Wachstumsrate \dot{Y} dank der parametrisch bestimmten Sparfunktion ein mit dieser Rate steigendes Spar- bzw. Investitionsvolumen ($\dot{Y} = \dot{I} = \dot{S}$) entspricht.

Vielmehr muß dem Domar-Harrod-Modell vorgeworfen werden, daß es in unzulässiger Weise den Kapazitätseffekt der Investitionen mit dem Einkommensbildungsprozeß verknüpft¹²⁾, indem es den Einkommenseffekt der Investitionen durch einen Kapazitätseffekt substituiert. Während in einer Phase ausgesprochener Akkumulation die Schwäche dieses Ansatzes, die tauschwert- und gebrauchswerttheoretische Analyse zu vermengen, angesichts einer mehr oder weniger kontinuierlichen Expansion aller Variablen verdeckt bleibt, tritt sie in einer Phase sich abschwächender Expansion und dann mit voller Wucht bei ökonomischem Rückgang zutage. Denn da die Einkommensbildung selbst nicht berücksichtigt, sondern vorausgesetzt wird, kann die Wachstumsbeziehung $\dot{Y} = s/\beta$ nicht erfassen, warum bei gleichbleibender Investitions-(Spar-)quote die Änderungsrate des Einkommens sinkt – dies ist der Fall einer sich abschwächenden Akkumulationsphase – und bei sinkender Investitions-(Spar-)quote nicht etwa lediglich seine Wachstumsrate, sondern das Einkommen selbst sinkt – seine Änderungsrate somit negativ wird –, obwohl das Multiplikatortheorem deutlich ausweist, daß für den ersten Effekt eine sinkende Steigerungsrate des Investitionsvolumens, für den zweiten Effekt ein absolut sinkendes Investitionsvolumen die hinreichende Bedingung liefert.

Den formalen Schlüssel zu diesem Desaster liefert der marginale Kapitalkoeffizient, der als Bindeglied zwischen Investitionsvolumen und Wachstum fungiert und dem die Wachstumstheorie eine produktionstheoretische Interpretation gibt, obwohl er in Wahrheit eine willkürliche, aus Einkommenskategorien zusammengesetzte Kennziffer ohne jeglichen einkommens- und markttheoretischen Stellenwert ist¹³⁾. Als Konsequenz muß dann, *horribile dictu*, postuliert werden, daß eine abflachende Wachstumsrate durch einen steigenden marginalen Kapitalkoeffizienten und eine negative Wachstumsrate durch einen negativen marginalen Kapi-

¹¹⁾ In die Terminologie der klassischen Ökonomie übersetzt, zeigt sich der duale Charakter der Investition somit darin, daß sie als Tauschwert auf die Einkommensbildung wirkt (und insbesondere den Akkumulationsprozeß bestimmt) und als Gebrauchswert das Wachstum beeinflusst.

¹²⁾ *Domar* (1947), S. 139.

¹³⁾ Das definitorische Gerüst der Bestimmungsgleichung der Wachstumsrate des Realeinkommens $\dot{Y} = \Delta Y/Y$ macht dies deutlich. Die Wachstumsbeziehung $\Delta Y/Y = s/\beta$ wird dabei durch Erweiterung der Wachstumsrate $\Delta Y/Y$ mit I abgeleitet. Es ergibt sich $\frac{I/Y}{I/\Delta Y}$, wobei dann aus I/Y die

Sparquote s wird und – an dieser Stelle findet der Übergang von der tauschwerttheoretischen zur gebrauchswerttheoretischen Argumentation statt – $I = \Delta K$ gesetzt wird und dann die Beziehung $\Delta K/\Delta Y$ als produktionstheoretisch bestimmter marginaler Kapitalkoeffizient eingeführt wird.

talkoeffizienten gekennzeichnet ist, damit die Beziehung zwischen Sparprozeß und Wachstumsprozeß wieder ins Lot kommt¹⁴⁾.

2.3 Die Elemente des Phasenkonzepts

Diese Kritik der theoretischen Grundlagen einer angewandten Wirtschaftsforschung mit ihrer Distinktion eines „langfristig“ realökonomisch bestimmten Wachstums (das sich unter einer allokatorentheoretischen Perspektive auf lohn- und strukturtheoretische Fragen bezieht) und einer „kurzfristig“ monetär beeinflussten Nachfrage liefert zugleich den Bodensatz einer markttheoretischen Analyse einzelner Phasen der Geschichte der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland. Nun ist es ebenso wenig wie bei anderen einschlägigen Untersuchungen auch in diesem Essay notwendig, der Analyse in extenso theoretische Reflexionen voranzustellen, da die Argumentation den üblichen (makro)ökonomischen Denkmustern folgt. Vielleicht ist es jedoch angebracht, die vorangegangene Analyse quasi resümierend, die Fixpunkte des theoretischen Musters, auf dem

das Phasenkonzept beruht, zu markieren. Von den drei folgenden Punkten geben dabei die beiden ersten seinen markttheoretischen Gehalt an, während der letzte den Einfluß der Leistungsbilanzströme und der Wirtschaftspolitik (als Supplement gegenüber einer „reinen“ Markttheorie) thematisiert.

(1) Das erste markttheoretische Kriterium bildet der Investitions-Gewinn-Mechanismus. Er charakterisiert einen kumulativen Prozeß und insofern eine bestimmte Akkumulationsphase. Das bedeutet, daß unterstellt wird, daß steigende Investitionen zu steigenden Gewinnen führen, die insoweit einen Preisniveauschub (in der Terminologie von *Keynes* 'Treatise: eine Gewinninflation) anzeigen, die dann wiederum – und darin besteht der kumulative Charakter des Prozesses – die Investition stimulieren.

Dabei gehen von der Investition simultan Preis- und Mengeneffekte aus; insofern wird ein Marktprozeß unterstellt, der Einkommenswirkungen zeitigt, die in ihrer formalen Struktur aus einer Verbindung von Multiplikatortheorem (das den Mengeneffekt ausdrückt) und Gewinninflation (das den Preisniveauschub charakterisiert) bestehen. Das Verhältnis von Mengen- und Preiseffekt läßt sich dabei nicht makroökonomisch bestimmen, da es den Reflex mikroökonomisch fundierter (insbesondere branchenbestimmter) Angebotsbeschränkungen (bei tendenziell genereller Unterbeschäftigung) bildet¹⁵⁾. Für eine makroökonomische Analyse bleibt es damit Parameter¹⁶⁾.

Eine bestimmte Akkumulationsphase läuft dann aus, wenn der Investitions-Gewinn-Mechanismus durchbrochen wird, d. h. steigende (fallende) Gewinne sich nicht mehr in entsprechenden Ertragsersparungen fortsetzen, auf diese Weise der ursprüngliche Investitions-Gewinn-Mechanismus gekippt wird und eine Akkumulationsphase mit gegenläufiger Tendenz einleitet¹⁷⁾.

(2) Das zweite markttheoretische Kriterium bildet der Lohn-Preis-Mechanismus, von *Keynes* in der *Treatise* als Einkommensinflation bzw. -deflation bezeichnet. Er charakterisiert anders als eine Gewinninflation, die markttheoretisch gesehen lediglich einen Preisniveauschub darstellt, deshalb den Typus Inflation, weil er auf einem doppelten Entscheidungskalkül beruht: der Preispolitik der Unternehmer, die der Gewinnsicherung dient („mark-up-pricing“) und der Lohnpolitik der Arbeitnehmer (bzw. der Gewerkschaften als ihrer Repräsentanten), wobei davon ausgegangen werden kann, daß die Arbeitnehmer auf einen Ausgleich der Inflation („Realloohnhypothese“) und eine Beteiligung am Produktivitätsanstieg („Produktivitätshypothese“) zielen¹⁸⁾.

Die entscheidende Implikation des Lohn-Preis-Mechanismus besteht jedoch darin, daß er keine Realeffekte aufweist. Das bedeutet, daß unterstellt wird, daß eine Preispolitik der Unternehmer, die (angesichts der herrschenden Konkurrenzbedingungen) vom Normalprofit abweichende Gewinne zu erzielen erlaubt, (bei gegebenem Sparverhalten der Einkommensempfänger) Reflex der Investitionstätigkeit ist, sich, genauer gesagt, aus den aus Nachfrageimpulsen resultierenden Angebotsbeschränkungen ergibt. Mit dieser Vorgehensweise wird dem Umstand Rechnung getragen, daß eine einwandfreie markttheoretische Analyse keine Isolierung von Realeffekten, die von der Lohnseite ausgelöst werden, von solchen Realeffekten, die von der Investitionstätigkeit ausgehen, gestattet¹⁹⁾.

Auch der Inflationsprozeß läßt sich dank des Umstandes, daß vom Gewinneffekt ein Einfluß auf das Preisniveau

¹⁴⁾ Vogt interpretiert das Abflachen des Wachstums sogar als Bestätigung der Deduktion eines auf dem Wachstum der „natürlichen Faktoren“ beruhenden Wachstumsgleichgewichts durch die neoklassische Kapitaltheorie. Aber dessen Implikation einer Reziprozität von Sparquote und Kapitalkoeffizient kann keineswegs als Erklärung für die entsprechende empirische Beobachtung herhalten, da das theoretische Muster gegenüber dem Phänomen, daß (in den 70er Jahren) das Abflachen der Wachstumsrate in eine negative Wachstumsrate umkippt und damit aus einem sukzessiv gestiegenen ein negativer (marginaler) Kapitalkoeffizient wird, hilflos bleibt. Vogts These von (um einen Wachstumstrend zentrierte) „Wachstumszyklen“, die in den auslaufenden 60er Jahren auch von anderen Autoren, allen voraus von *Giersch* entwickelt wurde, ist auch deshalb analytisch höchst unbefriedigend, weil die Investitionen die Schlüsselrolle des Zyklus erhalten und angesichts der postulierten Unabhängigkeit von Zyklus und Trend ihre Rolle für den Wachstumsprozeß verlieren müssen – ein selbst im Kontext der neoklassischen Wachstumstheorie analytischer Defekt, weil von der Investitionstätigkeit zumindest solange ein Einfluß auf den Wachstumstrend ausgehen muß, solange das von den „natürlichen Faktoren“ gespeiste Wachstumsgleichgewicht noch nicht erreicht ist. Wenn demgegenüber *Giersch* – vorsichtiger – den Zyklus als ein Steigen und Fallen der Nutzung des Produktionspotentials interpretiert, wobei dann angesichts eines tendenziell stetigen Wachstums des Kapitalstocks und der produktiven Kapazitäten eher die Nachfrage als das Angebot zum „Schurken des Stücks“ wird, so scheint er zwar dank seiner potentialorientierten Argumentation dem Dilemma, das Investitionsvolumen für zwei unabhängig voneinander auftretende Prozesse einführen zu müssen, zu entgehen. Aber entscheidend ist überhaupt nicht, daß das Wachstum des Angebots alias des Potentials weniger als die Nachfrage schwankt; entscheidend ist vielmehr, daß es methodisch unzulässig ist, einen Trend zu formulieren, dessen Bestimmungsgründe die Berücksichtigung von Einkommenswirkungen ausschließen, während der Zyklus von Einkommenswirkungen geprägt wird. Siehe in diesem Zusammenhang *Vogt* (1968); *Giersch* (1970).

¹⁵⁾ Es kann deshalb auch keineswegs unterstellt werden, daß mit einem Übergang zur Vollbeschäftigung der Mengeneffekt zugunsten des Preiseffekts zurückgeht. Dies gilt vielmehr allein gegenüber der (im Sinne der Kategorie von *Keynes* 'Treatise) Einkommensinflation, nicht jedoch für die Gewinninflation.

¹⁶⁾ Dieser Parameter wird am zweckmäßigsten durch eine (gewinnerhöhende) Preissteigerungsrate \dot{p} ausgedrückt. Dann wird aus dem ursprünglichen Multiplikator $\bar{Y} = I/s$ $Y = I/(1 + \dot{p})/(s + \dot{p})$.

¹⁷⁾ Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, ist der Hinweis zweckmäßig, daß im Kontext einer dynamischen Analyse ein kumulativer Prozeß dadurch gekennzeichnet ist, daß er keine Tendenz (zurück) zum Gleichgewicht aufweist. Er schließt somit eine Marktkonstellation ein, bei der eine Investitionstätigkeit auf einem niedrigen Niveau verharrt (und sich entsprechend der Gewinneffekt neutralisiert). Dieser Fall hat insbesondere für eine Abschwungsphase empirische Relevanz, weil er eine Situation (langanhaltender) Stagnation charakterisiert, während davon ausgegangen werden kann, daß die Aufschwungsphase mehr oder weniger abrupt in eine Abschwungsphase mündet. Für diese Asymmetrie ist die durch eine Risikoabwehr bedingte Sensibilität von Ertragsersparungen entscheidend.

¹⁸⁾ Beide Entscheidungshypothesen bleiben insofern moderat, als sie – jeweils für sich genommen – auf eine Konstanz der Einkommensverteilung zielen.

¹⁹⁾ Diese Vorgehensweise impliziert, daß die Geldpolitik bereits dann im Dienste der Inflationsbekämpfung steht, wenn sie nicht bereit ist, Nominalloohnerhöhungen durch eine entsprechende Expansion des Geldvolumens zu „finanzieren“ und dafür steigende Realzinsen mit entsprechenden Wirkungen auf die Investitionstätigkeit in Kauf nimmt.

ausgeht und damit (unter dem Regime der Reallohnhypothese) die Bemessungsgrundlage der Lohnpolitik ändert, als ein kumulativer Prozeß fassen. Die Kombination von Einkommens- und Gewinneffekt kann deshalb auch den Akkumulationsphasen das Charakteristikum liefern, wobei von vier möglichen Phasen die ersten drei Phasen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgetreten sind.

(a) *Reine Akkumulation.* Eine Gewinninflation korrespondiert mit einer Einkommensdeflation und bewirkt tendenzielle Preisstabilität. Diese für die 50er Jahre der Bundesrepublik Deutschland typische Marktkonstellation setzt allerdings voraus, daß die Lohnempfänger den Produktivitätsanstieg nicht vollständig antizipieren, die Nominalloohnerhöhung somit unterhalb des Produktivitätsanstiegs bleibt und dadurch eine Einkommensdeflation ermöglicht²⁰⁾.

(ß) *Inflation.* Eine Gewinninflation korrespondiert mit einer Einkommensinflation, wobei das *spill-over* von der Gewinninflation auf die Einkommensinflation einen tendenziell kumulativen Inflationsprozeß bewirkt. Diese für die 60er Jahre der Bundesrepublik Deutschland typische Marktkonstellation wies insbesondere gegen Ende jenes Jahrzehnts steigende Inflationsraten auf, wobei dieser Prozeß von der Lohnseite her durch die Ignorierung des Rückgangs des Produktivitätsanstiegs durch eine „wachstumsbewußt“ gewordene Gesellschaft verstärkt worden sein mag.

(γ) *Stagnation.* Eine Gewinndeflation korrespondiert mit einer Einkommensinflation und bewirkt durch ein entsprechendes *spill-over* einen Rückgang der Inflationsrate. Es handelt sich um die typische Marktkonstellation einer Stagflation, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren herrschte. Dabei ist jedoch auch dann von einer Stagnation zu sprechen, wenn die Einkommensinflation tendenziell zu einem Stillstand kommt, die Investitionstätigkeit sich jedoch auf einem niedrigen Niveau, der die Profitrate unter dem herrschenden Zinssatz läßt, stabilisiert. In diesem Fall sprechen wir von einer Stockung. Diese Marktkonstellation scheint die 80er Jahre der Bundesrepublik Deutschland zu kennzeichnen.

(8) *Große Krise.* Eine Gewinndeflation korrespondiert mit einer Einkommensdeflation und bewirkt durch ihr *spill-over* angesichts einer sukzessiven Wertsteigerung der Geldhaltung einen kumulativen Prozeß nach unten. Diese für die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre typische – und von Keynes insbesondere im 2. Kapitel der General Theory auch so analysierte – Marktkonstellation unterscheidet sich von der Phase der Stagnation dadurch, daß sie auf „reinen“ Marktprozessen beruht, während diese, wie noch zu zeigen sein wird, in mehr oder weniger starkem Maße durch eine Politik der Inflationsbekämpfung geprägt oder doch zumindest von ihr verursacht wird.

(3) Die markttheoretischen Grundlagen einer Akkumulationstheorie sind deshalb unter der Bedingung einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität for-

muliert worden, weil sie auf Dispositionen über Vermögensobjekte beruhen, die in einer uniformen Kategorie gemessen werden – daraus ergibt sich der Aspekt der geschlossenen Volkswirtschaft – und auf Märkte hin orientiert sind – daraus ergibt sich der Aspekt der Vernachlässigung der staatlichen Aktivität. Diese Abstraktion bedeutet nicht, daß außenwirtschaftlichen Beziehungen wie wirtschaftspolitischen Maßnahmen keine tragende Rolle für die einzelnen Phasen der ökonomischen Entwicklung zukäme; es wird sich zeigen, daß das Gegenteil gerade für die Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland zutrifft.

Allerdings begründet die Berücksichtigung dieser beiden Aspekte eine angewandte Theorie des Akkumulationsprozesses. Damit wird unterstellt, daß Leistungsbilanzströme und eine insbesondere über das Budget gesteuerte Wirtschaftspolitik die Investitionstätigkeit als den entscheidungstheoretischen Träger der Akkumulation beeinflussen – stimulieren wie bremsen – können, für diese ein ergänzendes Moment bilden, selbst aber keine Markttheorie der Akkumulation begründen. Es handelt sich somit um Spezifika des Akkumulationsprozesses, die im Kontext einer bestimmten Marktkonstellation ihre Wirkungen ausüben, diese jedoch nicht bestimmen.

In diesem Sinne haben insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland die Exportoffensive und die Wirtschaftspolitik für den Akkumulationsprozeß eine unterstützende Funktion gehabt. Die hier präsentierte Akkumulationstheorie weist somit die (ziel-mittel-orientierte Theorie der) Wirtschaftspolitik in die Schranken, als sie bestreitet, daß sich ein Zielbündel im Sinne des Magischen Vierecks formulieren läßt, das der Realisierung durch einen entsprechenden Mitteleinsatz fähig ist. Der Titel dieses Essays drückt dieses Programm insofern aus, als er andeuten will, daß die Wirtschaftspolitik nicht irgendwelche Zielkonflikte auszutragen habe, die angesichts von Marktfraktionen oder institutionellen Beschränkungen ihre Effektivität beschneiden, sondern dem Dilemma ausgeliefert ist, unter der Ägide eines Freihandels auf eine Realisierung binnenwirtschaftlicher Ziele verzichten und dafür das Ziel externer Stabilität anvisieren zu müssen.

3. Die Phasen

3.1 Akkumulation: Das Dilemma entsteht. Das Primat der externen Instabilität

Die Phase der reinen Akkumulation in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren – das fabulöse deutsche Wirtschaftswunder – ist durch eine Koinzidenz von steigenden Investitionen – gemessen als steigender Anteil am Sozialprodukt – und andauerndem Exportüberschuß – gemessen als (im Trend) stabilen Anteil am Sozialprodukt – charakterisiert. Der enge Zusammenhang von Wachstum und Exportüberschuß ist bereits frühzeitig von Wallich thematisiert worden und wurde dann später insbesondere von Giersch – nicht zuletzt als Mitglied des Sachverständigenrates – ins allgemeine Bewußtsein gerückt²¹⁾.

Dabei fällt jedoch auf, daß weder eine markttheoretische Begründung für die steigende Investitionstätigkeit geschweige denn für ihren Zusammenhang mit dem Exportboom geliefert wird. Die Investitionstätigkeit wird vielmehr von den einschlägigen Untersuchungen, die bis etwa Mitte der 60er Jahre erschienen, als ein Problem der Investitionsfinanzierung diagnostiziert und damit zu einer Frage der Einkommensverwendung stilisiert, ein verhaltens-theoretischer Ansatz, der notwendigerweise die Bedingungen der Einkommensbildung ausblendet²²⁾.

²⁰⁾ An dieser Stelle zeigt sich deutlich der Unterschied zum realökonomischen Ansatz einer angewandten Wirtschaftsforschung, für den ein von der Lohnpolitik unausgenutzter Produktivitätsanstieg die Profite erhöht, ein Ansatz, der implizit von einem vorgegebenen Preisniveau aus operiert, während hier die „zurückhaltende“ Lohnpolitik eine Reduktion des Preisniveaus bzw. seiner Steigerungsrate bewirkt.

²¹⁾ Wallich (1955), deutsch (1955), S. 15 f.; Giersch (1970), S. 15; siehe ferner das Jahresgutachten 1964/65 des Sachverständigenrates „Stabiles Geld – stetiges Wachstum“, Stuttgart 1965, S. 4 und S. 11 f.

²²⁾ Siehe neben Wallich (1955) insbesondere Reuss (1963), Roskamp (1965) und die vergleichende Studie von zwölf westlichen Industriestaaten Madison (1964).

Mit dieser Methode wird der Staat kraft seiner Steuerpolitik, die die Einkommensverwendung in Richtung des Sparprozesses steuert, zum großen Initiator des Wachstumsprozesses. Zwar hebt sich diese Analyse in ihrer Nüchternheit deutlich von dem geläufigen Mythos ab, daß das rapide Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland ein reines Produkt des *laissez-faire* gewesen sei – es ist deshalb vielleicht auch kein Zufall, daß diese Arbeiten ausnahmslos von amerikanischen Autoren erstellt worden sind –; daß dabei aber der Prozeß der Einkommensbildung übersehen wird²³⁾, begründet ein markttheoretisches Defizit, in dessen Gefolge nicht erfaßt werden kann, daß die Steuerpolitik auf die Förderung der Investitionstätigkeit zielte und dadurch diejenigen Profite gerierte, die eine Vermögenskonzentration beträchtlichen Ausmaßes ermöglichten.

Vor allem aber unterlassen diese Autoren, sieht man von beiläufigen Äußerungen *Wallichs* ab²⁴⁾, eine markttheoretische Erklärung des Zusammenhangs von steigenden Investitionen und andauerndem Exportüberschuß. Das gilt gerade auch für *Giersch'* Analyse, da sie das zyklische Prä des Exportbooms gegenüber dem Investitionsboom hervorhebt, keineswegs aber eine Erklärung der generellen Marktkonstellation für die 50er Jahre liefert.

Eine derartige Erklärung aber ist umso notwendiger, als für sich genommen Investitionen und Leistungsbilanzsaldo negativ korreliert sind, weil mit steigenden Investitionen Nachfragebedingungen auf Märkten entstehen, durch die die Exportbemühungen nachlassen und der Bedarf an importierten Gütern steigt. Damit aber bildet eine von ihren Existenzbedingungen her gesehen höchst ungewöhnliche Marktkonstellation die Grundlage des Akkumulationsprozesses der 50er Jahre der Bundesrepublik Deutschland.

Für dieses Phänomen liefert lediglich *Boarman* eine schlüssige markttheoretische Analyse, indem er zeigt, daß vom Konsum ein konjunkturunabhängiger Effekt auf die Exportnachfrage ausging²⁵⁾, weil eine restriktive monetäre Politik (die einen ausgeglichenen Haushalt bzw. Haushaltsüberschüsse einschloß) die Lebenshaltungskosten niedrig

hielt und damit einer (überproportionalen) Erhöhung der Exporte und der Investitionen (bei tendenzieller Preisstabilität) den Spielraum lieferte²⁶⁾, inflationsbedingte Lohnsteigerungen verhinderte und dadurch die (vom Investitionsboom ausgehende) Gewinninflation kompensierte. Die Folge war eine schwache Importnachfrage und ein sich (angesichts fester Wechselkurse) erweiternder Exportspielraum²⁷⁾.

Damit aber erweist sich, daß die Geldpolitik ganz im Gegensatz zur Auffassung der „fiskalistischen“ Autoren einen zentralen Stellenwert für die Akkumulationsphase aufwies, indem sie als Garant einer Marktkonstellation fungierte, die eine (die Akkumulation speisende) Koinzidenz von steigenden Investitionen und andauerndem Exportüberschuß erlaubte. Demgegenüber wies die Fiskalpolitik – und hier allen voran die Steuerförderungs politik – lediglich eine unterstützende Funktion auf, indem sie (bereits ausgeprägte) Ertragserwartungen stabilisierte²⁸⁾.

Aber diese Marktkonstellation symbolisiert fraglos alles andere als den Musterfall ökonomischer Stabilität bei „stetigem und angemessenem“ wirtschaftlichem Wachstum. Zwar blieb in dieser Phase interne Stabilität weitgehend gewahrt; aber sie war eben nicht das Resultat einer entsprechend abgestimmten Wirtschaftspolitik im Kontext eines Ziel-Mittel-Ansatzes, sondern hatte markttheoretische Gründe, die sich in der Koinzidenz von Gewinninflation und Einkommensdeflation ausdrücken.

Entscheidend aber ist, daß die restriktive Geldpolitik die Bedingungen externer Stabilität verletzte, deutlicher ausgedrückt, sie verletzen mußte, um die Stützung der Akkumulation durch den Leistungsbilanzüberschuß zu ermöglichen und damit deren Wirksamkeit zu garantieren. In diesem Sinne zielte die restriktive Geldpolitik auf externe Instabilität, wofür interne Stabilität die markttheoretische Voraussetzung bildete. Aber diese externe Instabilität hatte die Implikation eines kumulativen monetären Effektes, als sie zu einem ständig wachsenden internationalen Ungleichgewicht in den Schuldner-Gläubiger-Beziehungen führte. Insofern werden bereits in der Akkumulationsphase der 50er Jahre die Fundamente für das die nächsten Jahrzehnte beherrschende Dilemma der Weltwirtschaft gelegt, daß eine wachsende internationale Prosperität von einem wachsenden internationalen Ungleichgewicht begleitet wird²⁹⁾.

3.2 Inflation: Das Dilemma wird virulent. Das Primat der internen Stabilität

Die 60er Jahre der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland sind durch eine Stabilisierung des Anteils der Investitionen am Sozialprodukt auf hohem Niveau bei sich gegenüber den 50er Jahren fast halbierten Wachstumsraten des Realprodukts gekennzeichnet. Anders als in den 50er Jahren liegt die Wachstumsrate auch nicht mehr über dem Durchschnitt

In der Wachstumsformel $\dot{Y} = s/\beta$ erscheint diese Abflachung der Wachstumsrate bei konstanter Investitions- bzw. – als ihr Einkommenskorrelat – Sparquote als Resultat der Erhöhung des marginalen Kapitalkoeffizienten. Aber bereits für diese Phase erweist sich das (in seinen theoretischen Aspekten ausführlich erörterte) Unterfangen, technologische Ursachen für das Auseinanderdriften von Wachstum und Akkumulation verantwortlich zu machen, als fragwürdig: In Wahrheit spiegelt sich die abflachende Steigung der (absoluten Höhe der) Investitionen in einer entsprechenden Abflachung der Wachstumsraten des Einkommens wider und ist damit die Folge der sich verändernden Bedingungen des Akkumulationsprozesses.

²³⁾ So spricht beispielsweise Reuss ausdrücklich davon, daß die Steuerpolitik der Nachkriegsära dadurch gekennzeichnet sei, daß sie nicht auf die Einkommensbildung, sondern auf die Einkommensverwendung zielte. Auch wenn dieses Argumentationsmuster (ähnlich wie bei den anderen o. a. Autoren) durch den konservativen Topos des Ansatzes, den fiskalischen Dirigismus der Bundesrepublik Deutschland gegen die Defizitfinanzierung anderer (weniger stabilitätsbewußter) Länder auszuspielen, erklärbar wird, so ändert dies nichts an dem markttheoretischen Defizit, die Einkommensbildung aus der Analyse auszuklammern. Man hat deshalb auch den Eindruck, daß diese Autoren divergierende methodische Ansätze, nämlich neoklassisch die Einkommensbildung kraft ihrer Mikrofundierung voraussetzen oder sie keynesianisch als ein makroökonomisches Phänomen zu deduzieren, fälschlicherweise dahingehend interpretieren, daß der neoklassische Fall eine „gesunde“ Finanzpolitik des Finanzdirigismus, der keynesianische Fall eine „ungesunde“ Finanzpolitik der Nachfragesteuerung repräsentiert. Siehe in diesem Zusammenhang insbesondere Reuss (1963), S. 152 f., S. 168.

²⁴⁾ Wallich (1955), S. 15 f.

²⁵⁾ Diesem markttheoretischen Zusammenhang entspricht Vogts Hinweis auf den konjunkturabhängigen Effekt, der darin besteht, daß die Stimulierung der Exportnachfrage durch die Rezession induziert wird, also als Folge einer sinkenden Investitionstätigkeit auftritt. Vogt (1968), S. 15.

²⁶⁾ Boarman (1964), S. 115 ff.; siehe ferner Brechling (1957).

²⁷⁾ Er zeigt sich daran, wie Boarman eindrucksvoll herausarbeitet, daß in den 50er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland mit steigendem Export auch die Exportpreise gestiegen sind – gemessen am (inländischen) Konsumentenpreisindex wie auch an den Exportgüterpreisen konkurrierender Länder. Dieser Umstand weist darauf hin, daß der Exportüberschuß die Folge einer generellen, ihn begünstigenden Marktkonstellation bildet, jedoch nicht konjunkturell erklärbar ist. Boarman (1964), S. 111 ff.

²⁸⁾ Eine derartige Steuerpolitik pflegt deshalb auch zu verpuffen, wenn sie nicht zu einer andauernden Erhöhung der Investitionen führt, da sie ansonsten (makroökonomisch gesehen) lediglich dann eine Profiterhöhung bewirkt, wenn sich aus ihr steigende Budgetdefizite ergeben.

²⁹⁾ So bei Boarman (1964), S. IX.

Da das bekannte Phänomen, daß mit dem Rückgang der Wachstumsrate ein (wenn auch unterproportionaler) Rückgang der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität einherzugehen pflegt³⁰⁾ – man spricht in diesem Zusammenhang von der Verdoorn-Hypothese – , in den 60er Jahren gerade auch in der Bundesrepublik Deutschland auftrat, waren die Weichen für eine Einkommensinflation gelegt, die dann insbesondere gegen Ende der 60er Jahre in steigende Inflationsraten mündete. Eine markttheoretische Begründung für dieses Phänomen fällt nicht schwer: Im Gegensatz zu den 50er Jahren wurde die Gewinninflation nicht mehr durch eine Einkommensdeflation neutralisiert; mit dem Anstieg des Preisniveaus tendierte die Lohnpolitik neben der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsanstieg zunehmend zu einer Sicherung des Reallohnes und gab damit dem Inflationsprozeß sein kontinuierliches Moment, wobei ein unelastischer werdendes Arbeitsangebot diesen Mechanismus förderte, auch wenn ihm wiederum der Zustrom von Gastarbeitern entgegenwirkte. Dabei braucht nicht bestritten zu werden, daß neben der (wenn auch rückläufigen) Gewinninflation insbesondere eine fehlende Antizipation des Rückgangs des Produktivitätsanstieges einer „wachstumsbewußt“ gewordenen Gesellschaft für die Steigerung der Inflationsrate verantwortlich war.

Vor allem aber bildeten die andauernden Exportüberschüsse eine Quelle der Inflation, sei es mit ihren direkten Wirkungen auf die Gewinninflation, sei es über ihre Rückwirkungen auf die Faktorpreise. Die Gefahr einer „importierten Inflation“ in Zeiten eines Regimes fester Wechselkurse hat deshalb in den 60er Jahren die einschlägige Diskussion beherrscht – nicht zuletzt dank der Untersuchungen des Sachverständigenrates, der insbesondere die Relevanz des „direkten“, aus der Preispolitik der Unternehmer resultierenden internationalen Preiszusammenhangs gegenüber der bis dahin herrschenden These eines „indirekten“, über den Einkommensbildungsprozeß verlaufenden Effekts betonte³¹⁾.

Von der herrschenden Auffassung³²⁾ wurde diese Marktkonstellation auf einen Konflikt zwischen externer und interner Stabilität, der seine Ursache im Regime fester Wechselkurse habe, weil es eine Politik interner Stabilität ausschlosse, zurückgeführt. Danach vermag die Wirtschaftspolitik ihren Freiheitsgrad durch eine Flexibilisierung des Wechselkurses wiederzuerlangen; eine Politik interner Stabilität verlangt dann eine sich am Produktivitätsanstieg orientierende Lohnpolitik oder – als die vom Sachverständi-

genrat vertretene Variante – eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik.

Eine solche, sich stark an den Normen der Quantitätstheorie orientierende Analyse greift jenseits ihrer Relevanz für die Diagnose kurzfristiger Prozesse, die in diesem Essay nicht zur Diskussion stehen, jedoch entschieden zu kurz, weil sie nicht die Funktionsbedingungen der herrschenden ökonomischen Situation zugrunde liegenden Marktkonstellation klärt. Am deutlichsten zeigt sich dies an der lohntheoretischen Position, die die Nominallohnpolitik aus jedem markttheoretischen Zusammenhang ausblendet und einfach als Lückenbüßer bei der Realisierung der Preisstabilität einsetzt. Deutlicher formuliert: Die angewandte Wirtschaftsforschung leugnet die Existenz einer Nominallohnpolitik, wie sie in der Produktivitäts- und Reallohnhypothese anklingt, weil sie lediglich Lohnerhöhungen billigt, die kostenniveauneutral sind³³⁾.

Aber auch die Wechselkurshypothese hält einer markttheoretischen Kritik nicht stand. Denn angesichts der Existenz von (kurz- und langfristigen) Kapitalbewegungen kann keineswegs unterstellt werden, daß sich über den Wechselkurs jene „Insularisierung“ einer nationalen Volkswirtschaft vollzieht, die der Wirtschaftspolitik den Freiheitsgrad zurückgibt, den sie für eine Politik interner Stabilisierung bedarf. Unter dem Regime flexibler Wechselkurse wird deshalb, was Boorman im übrigen bereits deutlich gesehen³⁴⁾ und die Praxis der Weltwährungspolitik nach dem Zusammenbruch von Bretton-Woods nachdrücklich bestätigt hat, eine Interventionspolitik der Zentralbank keineswegs überflüssig, weil sie monetäre Bewegungen (insbesondere kurzfristiger Natur) kontrollieren muß, damit die Schwankungen des Wechselkurses in Grenzen gehalten und die Exportmärkte nicht unterminiert werden.

Aus der Perspektive der 70er Jahre wird das Dilemma der 60er Jahre deutlich: Sie zeigen, daß ein flexibler Wechselkurs zwar eine von außen importierte Inflation konterkarieren kann, aber nicht die Voraussetzungen für eine Politik konjunktureller Stabilität, unter die im folgenden das Vollbeschäftigungs- und Wachstumsziel subsumiert wird, liefert. Vielmehr steht die Geldpolitik vor der Notwendigkeit, die außenwirtschaftliche Flanke vor Störungen abzusichern und in diesem Sinne der externen Stabilität Priorität einzuräumen.

Damit aber wird interne Stabilität unter die Norm, die externe Stabilität setzt, subsumiert: Sie bleibt deshalb ein Ziel der Wirtschaftspolitik, weil sie auf die Dauer den Garanten für eine externe Stabilität abgibt. Die mit dem Jahre 1973 einsetzende Krise zeigt dabei eindrucksvoll, in welchem hohem Maße für das Zusammenwirken einer Politik interner Preisstabilität und einer Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke der Preis konjunktureller Instabilität gezahlt werden mußte.

Entgegen der Auffassung der herrschenden angewandten Wirtschaftsforschung war somit die Marktkonstellation der 60er Jahre nicht von einem durch das Regime fixer Wechselkurse verursachten Zielkonflikt zwischen externer und interner Stabilität geprägt, den dann ein Regime flexibler Wechselkurse auflöst; vielmehr bestand eine Inkompatibilität zwischen den Zielen „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ und „konjunkturelle Stabilität“, die unter dem Regime fixer Wechselkurse zum Verzicht auf das Ziel „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ (mit dem gleichzeitigen Verzicht auf das Ziel Preisstabilität) und unter dem Regime flexibler Wechselkurse zum Verzicht auf das Ziel „konjunkturelle Stabilität“ (mit der Möglichkeit der Reali-

³⁰⁾ Der unterproportionale Rückgang führt zu einer verminderten Absorption bzw. einer Freisetzung von Arbeitskräften.

³¹⁾ Siehe dazu Giersch (1970), S. 30.

³²⁾ Eine Ausnahme bildet Stützel. Siehe zu dieser Diskussion in jüngerer Zeit Stützel (1983).

³³⁾ Mit dieser Auffassung korreliert die Vorstellung, daß der in den 60er Jahren auftretende Verteilungskonflikt die Ursache der Inflation (und, angesichts des Zieles interner Stabilität, die Ursache steigender interner Instabilität) bildete und damit (gegenüber den 50er Jahren) den Verlust des sozialen Konsensus kennzeichnet. Aber durch eine derartige Substitution von markttheoretischen Zusammenhängen durch sozioökonomische Postulate wird der Kausalnexus in sein Gegenteil verkehrt. So ergibt die These des verteilungskonflikttheoretischen Ansatzes, für die in den auslaufenden 60er Jahren erheblichen Lohnerhöhungen die soziale Unrast verantwortlich zu machen, wofür dann die wilden Streiks 1969 ein Beispiel liefern, überhaupt keinen Sinn, da eine markttheoretische Analyse allein den Schluß zuläßt, daß die wilden Streiks (und, wie hinzuzufügen wäre, auf betrieblicher Ebene fixierte Lohnerhöhungen) angesichts der Inflations Tendenz (und, von nicht minderer Relevanz, angesichts einer ausgesprochenen Vollbeschäftigungssituation) eine allzu zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften indizierten. Siehe zur verteilungskonflikttheoretischen Position Kloten u. a. (1980), S. 60 ff., S. 63 ff.; Hennings (1981), S. 63.

³⁴⁾ Boorman (1964), S. 318 f.

sierung des Zieles Preisstabilität) zwingt. Der erste Fall repräsentiert dabei die Marktkonstellation der 60er Jahre (die bereits in den 50er Jahren latent angelegt ist), der zweite Fall die Marktkonstellation der 80er Jahre (wobei sich in den 70er Jahren die entsprechenden Marktbedingungen herausgebildet haben).

Daß ein flexibler Wechselkurs den von der herrschenden angewandten Wirtschaftsforschung postulierten Zielkonflikt zwischen externer und interner Stabilität nicht löst, weist daraufhin, daß für das Marktsystem ein Dilemma zwischen externer Stabilität und einer auf binnenwirtschaftliche Effekte orientierten Politik der Vollbeschäftigung und des Wachstums besteht. Damit aber steht die Wirtschaftspolitik vor der Alternative, das Freihandelspostulat (einschließlich eines freien Kapitalverkehrs) zu erfüllen, dabei aber auf die Erreichung binnenwirtschaftlicher Ziele zu verzichten, oder eine direkte Kontrolle außenwirtschaftlicher Beziehungen auszuüben, unter deren Mantel dann eine autonome nationale Politik praktikierbar wird.

Boarman gehört zu den wenigen Autoren³⁵⁾, die die Marktkonstellation der 60er Jahre der Bundesrepublik Deutschland auf dieses Dilemma zurückführen³⁶⁾. Es reflektiert für ihn eine fundamentale Schwäche des internationalen monetären Systems der Nachkriegsära, das zwar anders als unter der Ägide der Goldwährung, dessen Funktionsbedingungen einen Zwang zur externen Stabilität ausübten³⁷⁾, eine autonome Politik durchzuführen gestattet, dafür aber den Preis steigender Zahlungsbilanzungleichgewichte in Kauf nehmen mußte³⁸⁾.

Es ist interessant, daß Boarman der Zwischenkriegszeit diesen markttheoretischen Widerspruch nicht vorwirft, weil sie bewußt „Nationale Selbstgenügsamkeit“ (Keynes) dem freien internationalen Handel vorzog und auf dieser Grundlage „Vollbeschäftigungsprogramme für jede Nation“ (Beveridge) propagierte³⁹⁾. Wenn Boarman dabei gemäß seiner liberalen Position dem Verzicht auf eine autonome nationale Politik zugunsten eines freien Welthandels zuneigt, dann wird der Kontrast zur Diskussion der 60er Jahre, in denen eine liberale Position flexible Wechselkurse propagierte, um der nationalen Politik ihren Freiheitsspielraum wiederzugeben, evident.

Damit läßt sich diese Passage abschließen. Die 60er Jahre sind durch eine Politik interner Stabilisierung gekennzeichnet, die insofern marktinkonform blieb, als die Praxis des Freihandels den Erfolg einer derartigen Politik ausschloß.

³⁵⁾ Zu ihnen kann auch Stützel gerechnet werden.

³⁶⁾ Boarman (1964): „Germany's Economic Dilemma“ lautet der Titel der Arbeit, sein Untertitel „Inflation and the Balance of Payments“.

³⁷⁾ Boarman (1964), S. VII, S. 307 ff.

³⁸⁾ Boarman (1964), S. 310.

³⁹⁾ Boarman (1964), S. VII f., S. 310 f. Keynes war sich im übrigen dieser Implikation seiner Vollbeschäftigungspolitik durchaus bewußt, ein Umstand, den allerdings die Forschungspraxis der Nachkriegsära durch ihren einseitigen Rekurs auf die (faktisch eine geschlossene Volkswirtschaft unterstellende) General Theory verdrängt hat. Der von ihm 1933 verfaßte Aufsatz „Nationale Selbstgenügsamkeit“ zeigt dies deutlich. Siehe neben Keynes (1933) ebenfalls seine Propagierung von Importkontrollen für die Ära nach dem Zweiten Weltkrieg. Keynes (1980), S. 285 ff. Boarman bezeichnet in diesem Zusammenhang Keynes als „ökonomischen Nationalisten“. Boarman (1965), S. 11 ff.; siehe ferner Riese (1983).

⁴⁰⁾ Insbesondere die Kieler Schule interpretiert die allokativen Wirkungen der unterbewerteten Deutschen Mark als eine Subvention des Produktionsfaktors Kapital und damit einer arbeitsintensiven Produktion im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung.

⁴¹⁾ Da ein überhöhter Reallohn auf eine „ungebührliche“ Lohnpolitik der Gewerkschaften zurückgeführt wird und in diesem Sinne, wie oben aufgeführt, als Zusammenbruch des sozialen Konsensus der Nachkriegsära interpretiert wird, handelt es sich um ein (sozio)strukturelles Argument.

Angesichts des Umstandes, daß gegenüber den 50er Jahren die Einkommensdeflation von einer Einkommensinflation abgelöst wurde, vermochte die Wirtschaftspolitik das Steigen der Inflationsrate nicht zu verhindern. Anfang der 70er Jahre hatte dieser Prozeß ein Stadium erreicht, bei dem die Gefahr einer Erosion des Geldsystems nicht mehr zu übersehen war. Die Konsequenz war eine Politik der Inflationsbekämpfung, die das Ziel konjunktureller Stabilität opferte. Sie ist das Kennzeichen der Marktkonstellation der 70er Jahre der Bundesrepublik Deutschland.

3.3 Stagnation: Das Dilemma wird bekämpft. Das Primat der externen Stabilität

Auch wenn nicht bestritten wird, daß ein „weltwirtschaftlicher Einbruch“, symbolisiert durch den Ölpreisschock, das auslösende Moment einer nun schon ein Jahrzehnt andauernden Phase der Stagnation ist, so kann er dennoch nicht die Erklärung der Krise liefern, da seine langfristigen Wirkungen lediglich unter der Ägide der Politik einer kontinuierlichen restriktiven Geldpolitik und damit einer Politik der Inflationsbekämpfung auftreten konnten.

Die Phase der Stagnation ist somit in ihren internen Aspekten durch eine Marktkonstellation gekennzeichnet, bei der angesichts einer gedrosselten Investitionstätigkeit eine Koinzidenz von Gewinndeflation und Einkommensinflation auftritt, wobei – so der markttheoretische Kern – ein *spill-over* von der Gewinndeflation auf die Einkommensinflation zu deren Rückgang führt und die Inflationsrate sukzessive sinken läßt. Insofern findet das Phänomen einer Stagflation, an dem so viel herumgerätselt wird, eine einfache Erklärung dann, wenn man einen Preisniveauschub nach seiner Gewinn- und Einkommenskomponente differenziert und Stagflation an ein Sinken der Inflationsrate bindet.

Während diese Arbeit die Krise auf monetäre Ursachen zurückführt, bedient sich die herrschende Forschungspraxis eines strukturalistischen Erklärungsmusters. Dabei tritt allerdings die wachstumstheoretische Interpretation angesichts des unauflösbaren Widerspruchs zwischen negativer (oder nurmehr geringfügig positiver) Wachstumsrate und trotz ihres Sinkens weiterhin erheblicher (positiver) Investitionsquote verständlicherweise in den Hintergrund.

Vielmehr sind die wichtigsten Faktoren, die nach herrschendem Verständnis die Krise ausmachen, die bereits in den 60er Jahren von der Währungspolitik praktizierten, sich seit dem Zusammenbruch von Bretton-Woods über den Marktprozeß vollziehenden Aufwertungen, die strukturelle Umschichtungen der Industrie auf Kosten arbeitsintensiver Produkte und zugunsten „intelligenter“ Produkte notwendig machten⁴⁰⁾, eine Verschiebung relativer Preise zugunsten von Rohstoffen, insbesondere des Erdöls, die seine Substitution durch alternative Energieformen erzwingt und, last but not least, ein überhöhtes Reallohniveau, das die für eine Investition notwendige Gewinnerzielung verhindert, ein Argument, das das Strukturkonzept in einen makroökonomischen Kontext stellt⁴¹⁾.

Aber das unzureichende markttheoretische Fundament dieser Diagnose ist nicht zu übersehen. So wird dort von einem Zusammenbruch des sozialen Konsensus gesprochen, wo ein Lohn-Preis-Mechanismus zu deduzieren wäre, wird dort der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Aufwertung beklagt, wo die Funktionsstörungen des internationalen monetären Systems zu thematisieren wären und wird dort ein Strukturwandel für notwendig gehalten, wo zu erklären wäre, warum er nicht mehr wie in der Wachstumsphase vom Markt absorbiert wird.

Die fundamentale Schwäche des strukturalistischen Ansatzes liegt darin, die mit der Krise auftretenden Strukturprobleme für die Krisenursache zu halten. In Wahrheit ist jedoch die Krise eine Folge der Inflationsbekämpfung, genauer gesagt, das Resultat einer derartigen Notwendigkeit – eine Politik, die ihren langfristigen Charakter dadurch erhält, daß sie der Gefahr einer Regenerierung der Inflation mit einem sich dann über kurz oder lang wiederum ergebenden Interventionszwang entgegentreten muß.

Auch wenn es gute Gründe für eine binnenwirtschaftlich orientierte Politik der Inflationsbekämpfung gibt – die Gefahr einer langfristigen Erosion des Geldsystems liefert dabei das entscheidende Argument –, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß sie entscheidend vom mittelfristigen Aspekt des Primats externer Stabilität bestimmt wird. Die Geldpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren liefert für diese Einschätzung ein eindrucksvolles Beispiel, weil sie eindeutig in den Dienst der Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke gestellt wurde – wobei der Umstand, daß es sich bei der Bundesrepublik um ein mittelgroßes Land mit erheblicher Außenhandelsverflechtung bei nicht unbeträchtlichem Kapitalverkehr handelt, den Zwang zu einer solchen Politik erheblich verstärkt hat.

Diese Politik der Stagnation bedeutet die Rückkehr zu einer marktkonformen Politik, indem eine Marktkonstellation hergestellt wurde, die auf einer Koinzidenz von Preisstabilität und externer Stabilität beruht⁴²⁾ und damit den Widerspruch der Marktkonstellation des vorangegangenen Jahrzehnts mit ihrer Koinzidenz von konjunktureller Stabilität und tendenziellem Exportüberschuß, der in tendenziell steigenden Inflationsraten mündet, überwand.

Der (wohlfahrtsökonomisch gesehen) hohe Preis, der für diese marktkonforme Politik gezahlt werden muß, ist konjunkturelle Instabilität, deutlicher formuliert, das Akzeptieren einer langandauernden Phase der Stagnation. Der Umstand, daß die (auslaufende) Phase der Akkumulation in den 60er Jahren der Bundesrepublik Deutschland eine widersprüchliche Marktkonstellation aufwies, während die Phase der Stagnation in den 70er Jahren durchaus eine in sich widerspruchsfreie Marktkonstellation repräsentiert, liefert vielleicht die sicherste theoretische Begründung dafür, daß der Akkumulationsprozeß, der die Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren und, wenn auch abgeschwächt, ebenfalls in den 60er Jahren so eindrucksvoll geprägt hat, nicht wiederholbar ist.

Nun gibt es fraglos in der Geschichte der Ökonomie kein unumstößliches „they never come back“. Es wäre deshalb absurd, von vornherein auszuschließen, daß in fernerer Zeiten Akkumulationsphasen, wie sie die 50er und 60er Jahre der Bundesrepublik Deutschland (und in ähnlicher Form andere Industrieländer) charakterisieren, stattfinden werden. Aber innerhalb der nächsten Jahrzehnte müßte schon ein außerordentlich kräftiger exogener Wachstumsimpuls auftreten, damit sich auch nur ansatzweise eine Marktkonstellation wie die der 50er Jahre herausbilden könnte.

Denn die Ausgangsbedingungen des Marktsystems in den 80er Jahren unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt von denen in den 50er Jahren, indem ungeachtet der tendenziellen Wiederherstellung der Preisstabilität – es ist deshalb

auch zweckmäßig, die Phase der Stagnation in den 80er Jahren als Stockung zu bezeichnen –, weiterhin die Gefahr einer Regenerierung der Einkommensinflation besteht; das aber veranlaßt die monetären Autoritäten dazu, die Politik des knappen Geldes und der Gewinndeflation, wenn auch vielleicht in gemäßigter Form, fortzusetzen.

Während somit die restriktive Geldpolitik in den 50er Jahren in der Lage war, die Marktbedingungen für eine Stimulierung der Investitionstätigkeit zu schaffen, konserviert sie in den 80er Jahren Marktbedingungen, die die Stagnation der Investitionstätigkeit aufrechterhalten.

4. Die Perspektiven

4.1 Das Dilemma der Wirtschaftspolitik redivivus

Die Analyse der einzelnen Phasen der Geschichte der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland hat die zentrale Rolle herausgearbeitet, die die Geldpolitik für die Sicherung ihrer jeweiligen Marktkonstellation aufweist. Demgegenüber tritt die Bedeutung der Fiskalpolitik (auch im Sinne eines steuerpolitischen Dirigismus) eindeutig zurück. Fraglos bleibt die Geldpolitik insofern passiver Natur, als sie nicht die Marktbedingungen schaffen kann, die eine Marktkonstellation im positiven Sinne charakterisieren. Darin kristallisiert sich der Umstand, daß sie zwar die Investitionstätigkeit (als die Schlüsselgröße des Akkumulationsprozesses) zu drosseln, aber nicht zu stimulieren vermag.

Ihre restriktive Note hat ihr deshalb im Kontext der postkeynesianischen Theorie der Wirtschaftspolitik den Vorwurf eingetragen, im Dienste einer Stimulierung der Nachfrage funktionslos zu sein („money does not matter“). Die markttheoretische Analyse zeigt jedoch, daß die restriktive Geldpolitik, die die über 30jährige Geschichte der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland durchwegs charakterisiert, nicht nur die für unvermeidlich erachteten Beschränkungen verursacht hat, sondern auch die Voraussetzungen für die angestrebte wirtschaftliche Entwicklung schuf: in den 50er Jahren mit der Beschränkung des Konsums die Voraussetzung für den die Akkumulation unterstützenden Exportüberschuß, in den 70er Jahren mit der Beschränkung der Investitionen die Voraussetzung für die Regenerierung der Preisstabilität. Lediglich die 60er Jahre fallen aus diesem Rahmen, da sie durch ein vergebliches Bemühen, Preisstabilität aufrechtzuerhalten, gekennzeichnet waren.

Die 60er Jahre haben dabei das (bereits in den 50er Jahren angelegte) Dilemma, Akkumulation (mit der sie begleitende Integration von zusätzlichen Arbeitskräften in den Marktprozeß) und Freihandel nicht vereinbaren zu können, virulent gemacht. Aus der Perspektive einer Theorie der Wirtschaftspolitik dokumentiert diese Phase das Versagen einer angewandten Wirtschaftsforschung, die Inkompatibilität einer Vollbeschäftigungspolitik mit dem Freihandelspostulat zu übersehen. In diesem Sinn bedeuten die 80er Jahre die Rückbesinnung auf eine Weltwirtschaft, in der wie unter der Ägide der Goldwährung externer Stabilität das Primat eingeräumt wird.

Dennoch besteht selbst jenseits der Stagnationstendenzen, die auf das Konto der externen Stabilität gehen, wenig Anlaß zu Optimismus. Denn die 80er Jahre haben mit dem Primat externer Stabilität nicht die Funktionsbedingungen eines internationalen Währungssystems, wie es unter der Ägide der Gold- bzw. Golddevisenwährung bestand, wiederhergestellt. Vielmehr gilt auch für die postakkumulative Weltwirtschaft *Boarmans* bereits zu Beginn der 60er Jahre formuliert-

⁴²⁾ Sie schließt in diesem Fall die Existenz eines andauernden Exportüberschusses nicht aus, da er die interne Preisstabilität zur Voraussetzung hat, angesichts einer restriktiven Geldpolitik und eines flexiblen Wechselkurses jedoch nicht mehr wie in den 50er und 60er Jahren ein Inflationspotential darstellt.

tes Verdikt, daß sie von einem wachsenden internationalen Ungleichgewicht gekennzeichnet sei – nur daß es jetzt nicht mehr wie damals mit einer wachsenden internationalen Prosperität einhergeht⁴³⁾.

Dieses wachsende internationale Ungleichgewicht zeigt sich derzeit am deutlichsten an den ökonomischen Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, insbesondere an der kontinuierlich steigenden Verschuldung von diesen gegenüber jenen. Dabei ist nicht ausschlaggebend, daß überhaupt eine steigende Verschuldung stattfindet, da es sich für sich genommen um ein normales Phänomen von Gläubiger-Schuldner-Beziehungen, wie sie direkt oder indirekt auch zwischen Sparern und Investoren bestehen, handelt. Entscheidend ist vielmehr, daß die Entwicklungsländer strukturelle Importüberschußländer (geworden) sind und nichts dafür spricht, daß sie (qua Entwicklung) zu strukturellen Exportüberschußländern werden können, da hierzu die Industrieländer bereit sein müßten, strukturelle Importüberschußländer zu werden.

Derzeit ist jedoch das Gegenteil der Fall: Das Primat externer Stabilität bedeutet unter den gegenwärtigen Funktionsbedingungen des Weltwährungssystems, daß die westlichen Industrieländer die Politik eines tendenziellen Exportüberschusses treiben, weil er tendenziell Kapitalimporte induziert (und dadurch kumulative Devisenzugänge entstehen), während ein Importüberschuß einen Abwertungsverdacht nährt und dadurch die Gefahr von Kapitalexporten (mit der Folge von kumulativen Devisenabflüssen) heraufbeschwört.

Damit aber übernehmen im modernen Weltwährungssystem die Entwicklungsländer jene Rolle von strukturellen Importüberschußländern, die unter der Ägide der Goldwährung reife (und reiche) Länder spielten – aus der Wirtschaftsgeschichte sind (in der historischen Abfolge ihrer Dominanz) die Niederlande, Großbritannien und die USA zu nennen – und die sie kraft des Umstandes innehatten, daß ihre Währung die Anlagewährung der Vermögensbesitzer bildete, wobei die strukturellen Kapitalimporte jene Überbewertung bewirkten, deren leistungsbilanzorientiertes Korrelat der Importüberschuß ist.

Die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer weist deshalb daraufhin, daß die Funktionsstörung des gegenwärtigen Weltwährungssystems daraus resultiert, daß gerade diejenigen Länder einen strukturellen Importüberschuß aufweisen, in denen das Anlagekapital nicht im Vertrauen auf seine (ökonomische wie institutionelle) Sicherheit fließt⁴⁴⁾. Der Zwang zu einer Politik eines tendenziellen Exportüberschusses, dem die finanzpolitisch „soliden“ Länder unterliegen, hat dabei seine Ursache in der Koinzidenz von Export- und Kapitalimportüberschüssen und, *vice versa*, von Import- und Kapitalexportüberschüssen, die für ein Weltwährungssystem deshalb so verhängnisvoll ist, weil sie kumulative Devisenzuflüsse und -abflüsse induziert. Demgegenüber war die Ägide der Goldwährung durch eine relative Stabilität der Devisenbestände – insbesondere der Goldbestände – gekennzeichnet, so daß tendenziell Importüberschüssen Kapitalimporte und *vice versa*, Exportüberschüssen Kapitalexporte gegenüberstanden und sich somit

Zuflüsse und Abflüsse an Devisen und Gold tendenziell ausglich.

Die Erklärung, warum in der modernen Weltwirtschaft in dieser fatalen Weise an die Stelle von Prozessen, die zu einem Gleichgewicht tendieren, Prozesse mit kumulativen Effekten getreten sind, ist nicht schwer zu finden: Die markttheoretische Kontradiktion einer Verknüpfung von binnenwirtschaftlich orientierter Konjunkturpolitik und freiem internationalem Handel wie Kapitalverkehr hat jene Entscheidungsmuster kreiert, die einen Importüberschuß als das Ergebnis einer Politik des leichten Geldes (in ihrer geld- wie fiskalpolitischen Variante) interpretieren (und für viele Länder auch zu Recht diagnostizieren) und dadurch einen Abwertungsverdacht nähren, dem dann Kapitalexporte folgen.

Damit zeigt sich, daß das Primat externer Stabilität ungeachtet des Umstandes, daß es in den 70er Jahren zur Maxime der Wirtschaftspolitik vieler westlicher Industrieländer geworden ist, nicht die Funktionsfähigkeit eines Weltwährungssystems garantiert, weil damit die Möglichkeit und Praxis einer binnenwirtschaftlich orientierten Politik anderer Länder keineswegs aufgehoben ist. Als Folge aber charakterisiert die Tendenz zu kumulativen monetären internationalen Bewegungen weiterhin die Weltwirtschaft.

4.2 Strukturpolitik in der Krise

Indem dieses Essay sich gegen die der herrschenden angewandten Wirtschaftsforschung zugrunde liegenden Theorie wendet, die strukturellen Bestimmungsgründe der Krise leugnet (und dagegen ihre monetären Ursachen setzt), bestreitet es zugleich die Möglichkeit einer krisenbewältigenden Strukturpolitik. Dieser Umstand aber schließt nicht aus, der Strukturpolitik eine wichtige Funktion bei der Milderung der Krisenfolgen zuzumessen.

Die Strukturpolitik steht angesichts ihrer gebrauchswertorientierten Ausrichtung im Kontext des Wachstumsprozesses. Eine Phase der Stagnation läßt sich dabei generell so charakterisieren, daß der erhebliche Rückgang der Wachstumsrate des Sozialprodukts von einem verminderten Rückgang der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität mit der Folge einer Freisetzung von Arbeitskräften begleitet wird. Geht man davon aus, daß die Wachstumsrate des Sozialprodukts dank ihrer Abhängigkeit von dem (durch die Investitionstätigkeit repräsentierten) Akkumulationsprozeß von einer Strukturpolitik nicht oder kaum beeinflusbar ist, so muß eine Strukturpolitik in ihren makroökonomischen Konsequenzen offenbar auf eine Beeinflussung der Arbeitsproduktivität zielen.

Den Ausgangspunkt für eine solche Strukturpolitik bildet dabei das Faktum, daß eine Phase der Stagnation durch einen (in der Regel durchaus erheblichen) *Rückgang* der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet ist. Unter diesem Aspekt erscheinen die bei einer derartigen Krise anscheinend unvermeidlichen Tendenzen einer Technologiefeindlichkeit allein deshalb in einem zwiespältigen Licht, weil die „Wegrationalisierung“ von Arbeitskräften ja nicht aus einer höheren (oder auch nur unverminderten) Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität, sondern aus dem Rückgang der Wachstumsrate resultiert.

Technologieförderungspolitik und Arbeitsmarktpolitik als entsprechende Instrumente der Strukturpolitik sollten deshalb auf die Förderung, nicht auf die Hemmung der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität zielen. Eine derartige nor-

⁴³⁾ Boarman (1964), S. IX.

⁴⁴⁾ Bezeichnenderweise ist derzeit die Schweiz das einzige Land, das den Bedingungen eines funktionsfähigen internationalen Währungssystems genügt, indem es jene Sicherheit vor Vermögensverlusten vermittelt, durch die es kraft seiner überbewerteten Währung zu einem Importüberschußland wird, ohne daß es dabei einen Abwertungsverdacht nähren würde.

mative Fundierung der Strukturpolitik empfiehlt sich um so mehr, als nicht nur die Stagnation selbst, sondern auch die in dieser Phase verwendeten makroökonomischen Steuerungsmechanismen, wobei allen voran die Fiskalpolitik mit ihren Wirkungen auf den (privaten und staatlichen) Konsum zu nennen wäre, strukturkonservierenden Charakter tragen.

Die Grundlinie der einschlägigen wirtschaftspolitischen Diskussion ist deshalb gerade in der Bundesrepublik Deutschland wenig überzeugend. Das gilt im besonderen für die Propagierung arbeitsintensiver Produktionsmethoden, wenn sie nicht neuen gebrauchswertorientierten Inhalten, wie die Humanisierung der Arbeit, folgen, sondern produktionstechnisch gesehen einen Rückschritt intendieren, wofür ein Beispiel der Vorschlag der Einführung einer Rationalisierungssteuer liefert.

Aber die Kritik gilt auch den von konservativer Seite hervorgebrachten Einwänden gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Denn wenn ihr eine mangelnde Effektivität im Hinblick auf die Integration von Arbeitskräften in den Wirtschaftsprozess vorgehalten wird, so kann dieses Argument nur bedeuten, daß die Ökonomie erhebliche Rationalisierungsreserven aufweist, deren Ausschöpfung längst notwendig gewesen wäre. Daraus aber kann bestenfalls die Forderung nach einer verstärkten Verkürzung der Arbeitszeit, nicht aber das Gegenteil abgeleitet werden. Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung ist somit gerade deshalb ein wichtiges Instrument einer Strukturpolitik, weil sie durch ihre Rationalisierungseffekte den strukturkonservierenden Tendenzen der Stagnation entgegenwirkt.

Literatur

- Altwater, E., J. Hoffmann, W. Semmler*, Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Berlin (1980), 3 (1982).
- Boarman, P. M.*, Germany's Economic Dilemma. Inflation and the Balance of Payments. New Haven 1964.
- Boarman, P. M.*, The World's Money, Gold, and the Problem of International Liquidity. Lewisburg 1965.
- Bombach, G.*, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung. „Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik“, 95 (1959), S. 1-20.
- Brechling, F. P.*, Inflation in the United Kingdom and Western Germany (1950-1956), „The Bankers' Magazine“, Dezember 1957, S.442-451.
- Domar, E.*, Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment. „Econometrica“ 14 (1946), S. 137-147.
- Giersch, H.*, Growth, Cycles, and Exchange Rate — The Experience of West Germany. Wicksell Lectures 1970. Stockholm 1970.
- Hennings, K. H.*, The West German Economy 1945-1979. Diskussionspapier. Serie C, Volkswirtschaftslehre, Nr. 43, Universität Hannover, Mai 1981.
- Keynes, J. M.*, Nationale Selbstgenügsamkeit. In: „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche“, 57 (1933), S. 561-570.
- Keynes, J. M.*, The Collected Writings of John Maynard Keynes. Activities 1941-1946. Shaping the Post-War World: Bretton-Woods and Reparations. Hrsg. v. D. Moggridge. Volume XXV. London and Basingstoke 1980.
- Kloten, N., u. a.*, Zur Entwicklung des Geldwertes in Deutschland. Fakten und Bestimmungsgründe. Tübingen 1980.
- Maddison, A.*, Economic Growth in the West. New York/London 1964.
- Reuss, F. G.*, Fiscal Policy for Growth Without Inflation. The German Experiment. Baltimore 1963.
- Riese, H.*, Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft. Theoretische Grundlagen und praktische Fragen. Manuskript Berlin 1983.
- Roskamp, K. W.*, Capital Formation in West Germany. Detroit 1965.
- Stützel, W.*, Über unsere Währungsverhältnisse. Tübingen 1983.
- Vogt, W.*, Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft von 1950 bis 1965 und ihre theoretische Erklärung. Tübingen 1968.
- Wallich, H. C.*, The Mainsprings of the German Revival. New Haven 1955; deutsch: Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Frankfurt am Main 1955.